



Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 63.

Donnerstag, 15. März 1923.

30. Jahrgang.

Immer neue Blutstaten.

Zwei Schupobeamte erschossen.

Buer, 14. März.

Den französischen Mordtaten vom Sonntag haben sich neue angeschlossen. Die amtlichen deutschen Ermittlungen haben die Meldung einwandfrei bestätigt, daß am Montagabend zwischen 6 und 7 Uhr auf dem Hofe des Anzentrums die beiden Schupobeamten Krause und Moos von den Franzosen erschossen worden sind. Dabei sind zwei französische Offiziere zugegen gewesen. Das französische Kommando weigert sich, den deutschen Behörden über diesen Vorfall Auskunft zu geben.

Die erschossenen beiden Beamten waren aus dem Einbruchgebiet ausgelesen, waren aber zurückgeführt, um ihre zurückgelassenen Sachen zu holen. Der Termin, bis zu dem sich sämtliche Schupobeamte aus dem Einbruchgebiet entfernen sollten, war von den Franzosen auf den 13. März festgesetzt; die beiden Beamten wurden aber bereits am 12. März von den Franzosen wieder ergriffen.

Von Augenzeugen wird auf das allerbestimmteste behauptet, daß in der Sonntagnacht, in der die französische Soldateska geradezu sinnlos gewütet hat, eine Anzahl Leichen in die Realschule, die mit französischen Truppen besetzt ist, gebracht worden sind. Da es der deutschen Kriminalpolizei unmöglich ist, in die Quartiere der Franzosen einzudringen, wäre es äußerst wünschenswert, daß Vertreter des neutralen Auslandes Klarheit über diese grauenhaften Zustände schaffen.

In Hädtischen Krankenhause liegen als weitere Opfer der Franzosen zwei Arbeiter die Brüder Paul und August Thiel. Diese wollten am Sonntagabend gegen 8 1/2 Uhr nach Realschule zurückkehren. Unterwegs wurden sie zweimal von französischen Patronen überfallen. Paul erhielt neben schweren Schlagverletzungen eine Stichwunde durch den Kopf, während August einen Oberarmbruch und so schwere Verletzungen durch Kolbenschläge erhielt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Viele weitere Verletzte, die ebenfalls in der Sonntagnacht niedergegeschlagen wurden, haben wegen augenscheinlich aus Angst vor den Feindern nicht, sich zu melden.

Zum Offiziersmord in Buer.

Die behördliche Feststellung.

Buer, 13. März. (WB.)

Die behördlichen Feststellungen über die Erschießung der beiden französischen Offiziere am 10. März 9,50 Uhr

abends auf der Hagenstraße in Buer haben folgenden Inhalt ergeben:

Nach Angabe eines französischen Kapitän vom Jägerbataillon Nr. 17 soll ein Offizier von hinten einen Schuß durch die Brust erhalten haben. Die Kugel ist durchgeschlagen und wurde bei dem anderen Offizier vorn in der Brust gefunden und ließ sich leicht herausziehen. Die hierdurch entstandene Verletzung ist unbedeutend gewesen. Der Offizier hat seinen zweiten Schuß von hinten durch den Kopf erhalten und diese Verletzung hat den Tod zur Folge gehabt. Nach der Auskunft des Kapitän wurde die Leiche des einen Offiziers an der Brücke Hagen- und Hagenstraße, am Pastorat gelegen, aufgefunden, und zwar mit den Beinen auf dem Bürgersteig, mit dem Körper auf dem Gehbdamm. Der zweite Offizier hat auf dem Bürgersteig vor dem Wöbelhaus von Schlosser gelegen. Dort befand sich auch eine große Blutlache. Eine weitere Blutlache befand sich auf dem Bürgersteig vor dem Eingang zum Bergmannschen Zigarrengechäft. Auch lag der Mantel des zweiten Offiziers etwa 3 Meter vor der Leiche auf dem Bürgersteig. Die gefundene Kugel ist eine Kugel mit Messingmantel, Kaliber 9 Millimeter, ferner wurden gefunden zwei Patronenhüllen 9-Millimeter-Kugel mit der Bezeichnung S. M. R. A. 480 E. Diese Hüllen lagen direkt an der Mauer des Pastorats, dort, wo der erste Offizier lag. Beide Hüllen lagen zusammen.

Daß die verfeuerte Munition deutschen Ursprungs ist, beweist nichts, weil den deutschen Schupobeamten Waffen und Munition abgenommen worden sind.

Buer, 13. März.

Anlässlich der Erschießung der beiden französischen Offiziere hat der Ortskommandant von Buer die Stadtverwaltung aufgefordert, sofort eine neue Polizei zu schaffen. Damit geben die Franzosen selbst zu, daß sie mit der völligen Fortschaffung der Schupopolizeibeamten einen nicht wieder gutzumachenden Fehler begangen haben. Die Bildung der neuen Polizei stößt auf außerordentliche Schwierigkeiten, da ein geübtes Personal nicht vorhanden und die noch bestehende Kriminalpolizei wegen der Ermordung eines deutschen Kriminalwachtmeisters durch die Franzosen nicht gewillt ist, sich einer solchen Lebensgefahr auszusetzen.

Was will Frankreich?

Debatte und Anfrage im englischen Unterhaus.

Das britische Unterhaus hatte gestern die fünfte Ruhrdebatte im jetzigen Tagungsabschnitt. Der Asquith-Liberale Sir John Simon begründete einen Antrag, als Protest gegen die passive Haltung der Regierung in der Ruhrfrage eine Herabsetzung der Haushaltsausgaben für das auswärtige Amt zu fordern. Dieser Antrag wurde mit 249 gegen 201 Stimmen der Arbeiterpartei, der Liberalen und der Nationalen Liberalen abgelehnt. Auf den Oppositionsbündeln erklärte der Ruf: "Demission!" Dem Parlamentsberichterstatter des "Daily Herald" zufolge ist dies die geringste Mehrheit, die die jetzige Regierung jemals in einer wichtigen Frage erhalten hat. Zahlreiche Konservative hätten sich der Abstimmung enthalten.

Der Antragsteller sagte, die englischen Okkupationsstruppen hätten bisher in ihrem Sektor noch Verbindung mit dem unbesetzten Deutschland gehabt, werden aber jetzt durch die französischen und belgischen Truppen isoliert, was schwere Schädigung des englischen Handels im Rheinlande zur Folge habe. Eine noch bedenklichere Tatsache sei, daß die Deutschen nunmehr ihrer Politik des passiven Widerstandes ein Ende machten, wie die neuen Meldungen über die Erschießung französischer Militärs bewiesen. Dieser Vorfall allein müsse für England und die von ihm verfolgte Politik der Zustimmung eine feierliche Warnung sein. Simon erklärte Frankreich des Bruches des Versailler Vertrages schuldig und wünschte die jetzige Haltung der englischen Regierung kennenzulernen.

Es sei offenbar, daß Frankreich nicht nur auf Reparationen aussehe, sondern auch auf etwas anderes. Was dieses andere sei, wolle er klar und eindeutig von der Regierung erfahren.

Er drückte zum Schluß den dringenden Wunsch aus, England möge die ganze Frage trotz des französischen Widerstandes dem Völkerverband zur Entscheidung vorlegen.

Mosley (Arbeiterpartei) erklärte, die ganze Stärke und der ganze Einsatz der britischen Diplomatie müßten angewandt werden, um ein möglichst enges Zusammenwirken mit den Vereinigten Staaten herbeizuführen zur Vereinbarung einer Konvention, auf der die gesamte politische Regelung des Jahres 1919 und die Stärkung des Völkerverbandes beraten werden müßten.

Mosley (unabh.) erklärte, jedermann, der die französische Presse sorgfältig lese, die die Ziele und die Politik des Quai d'Orsay widerspiegele, werde zu dem Schluß gelangen, daß die Politik Frankreichs nicht auf Reparationen, sondern auf Annexionen ausgehe. Mosley trat für Intervention durch einen sofortigen Appell an die Völkerverversammlung ein sowie für die Mobilisierung der gesamten moralischen Kräfte der Menschheit. Wenn die moralischen Kräfte Englands nicht durchdringen sollten, so habe es noch keine wirtschaftliche und finanzielle Macht in die Waagschale zu werfen. Weshalb solle England nicht allein oder gemeinsam mit Amerika seine großen finanziellen und wirtschaftlichen Hilfsmittel dazu benutzen, den unruhigeren Elementen in der Welt den ersehnten Frieden anzubieten?

Asquith unterstrich besonders die Tatsache, daß seit der letzten Ruhrdebatte die Lage eine bedenkliche Wendung erfahren habe. Das Unterhaus lege sich Rechenschaft darüber ab, daß die Operation an der Ruhr eine ungeheure Ausdehnung erfahren habe. Es sei kein Grund zu der Annahme vorhanden, daß die Franzosen nicht ihren Vorstoß bis München oder sogar bis nach Berlin unternehmen werden. Das Unterhaus hat ein Recht zu wissen, ob der Standpunkt, den die englische Regierung sich zur Wehr macht, sich nicht ebenfalls geändert hat. "Ich weiß nicht," sagte Asquith, "welche Motive die französische Regierung zur Besetzung der Ruhr geleitet haben. Frankreich gibt an, daß zwei Ziele es geleitet haben, nämlich die Fragen der Sicherheit und der Reparationen. Ohne Frankreich beleidigen zu wollen, glaube ich aufrichtig, daß der Völkerverband imstande ist, einen

Garantieertrag

auszuarbeiten, der allen Alliierten Sicherheit gewährt und somit auch Frankreich die notwendige Sicherheit gibt, auf der es so sehr besteht, um gegen Gefahren geschützt zu sein, die nicht nur in der Einbildung liegen. Wenn ich Franzose wäre, so würde ich diese Gefahr als sehr wirklich ansehen.

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Mac Kell, erklärte: Die Regierung sowie das Haus seien überzeugt, daß Großbritannien sich in einem

Freundschaftsverhältnis zu Frankreich

bestinde und man wünsche auf den Regierungsbänken, daß es möglich sei, im Interesse sowohl Englands, wie des übrigen Europas, Freund und Verbündeter Frankreichs zu bleiben. Man dürfe nicht vergessen, daß vor zwei Jahren Lloyd George im Unterhaus erklärt habe, wenn Deutschland nicht binnen einer Woche der Forderungen der Alliierten Rechnung trage, werde England sich den Franzosen zum Zwecke der Besetzung des Ruhrgebietes anschließen. Darum könne man jetzt den Franzosen gegenüber über den Ton der Ueberlegenheit anschlagen, wie dies einzelne Redner getan hätten. Es sei nicht wahr, daß die britischen Truppen von allen Seiten eingeschlossen und daß sie ohne Verbindung mit dem unbesetzten Deutschland seien. Zweifellos beständen Schwierigkeiten für den englischen Handel. Von einer Intervention des Völkerverbandes oder einer neuen internationalen Konferenz sei

im Augenblick nichts zu erhoffen.

Verhaftung Walter Dohmes.

Gegen den Journalisten Walter Dohme ist, wie wir seinerzeit berichtet, ein Ermittlungsverfahren wegen Landesverrat eingeleitet worden. Heute, Mittwochs früh, ist Dohme verhaftet worden und zwar auf Grund der Beschuldigung, Nachrichten an die "New Transmittion Agency" in Holland geliefert zu haben, also an das besetzte Unternehmen, das im Feindbundsprozess eine so große Rolle gespielt hat. Weiter wird Dohme der öffentlichen Bekanntmachung militärischer Nachrichten beschuldigt, und zwar der in der "Kölnen Gasse" erschienenen Mitteilungen über eine Soldatenrevolte in Löben und über Verbindungen zwischen Reichswehr und Geheimbünden.

Der „gute Wille“ Frankreichs.

Der letzte Absatz des amtlichen Communiqués über die Brüsseler Konferenz, der besagt, daß die französische und belgische Regierung sich nochmals darüber einig geworden sind, das Ruhrgebiet nicht auf einfache Besprechungen Deutschlands hin zu räumen, sondern nur „allmählich“ im Verhältnis der Erfüllung der Reparationsverpflichtungen wieder freizugeben, spielt in der Öffentlichkeit des Auslandes, insbesondere aber in Paris, immer noch eine große Rolle. Von England kommen kaum Stimmen, die die Erklärung der allmählichen Räumung ernst nehmen, dagegen sind in Amerika Neuerungen laut geworden, die in dem Hinweis auf eine „allmähliche“ Räumung die gute Absicht Frankreichs sehen, keine Annexionen zu betreiben.

Uns wäre nichts angenehmer, als der aus Amerika kommenden Auffassung zustimmen zu können, da es nur im Interesse Europas liegt, wenn der Ruhrkonflikt bald beigelegt wird und da wir der Möglichkeit einer Verständigung nähergekommen wären, wenn Frankreich endlich ernsthaft auf jede Annexion verzichten würde. Aber selbst der frühere italienische Ministerpräsident Nitti, der als Amtsperson an der Versailler Konferenz teilgenommen hat und nach wie vor gute Beziehungen zu den Entente-Ländern unterhält, stellt neuerdings fest, daß man nicht erst hinter die diplomatischen Kulissen geschaut zu haben braucht, um zu wissen, daß über die Annexion des Rheinlandes durch Frankreich kein Zweifel möglich war und ist, daß bei allen Besprechungen von Entente-Ministern der Einfall in die Ruhr erwähnt wurde und daß aus einem Bericht einer französischen Militärkommission, den er zu lesen am 25. Mai 1922 Gelegenheit hatte, einwandfrei hervorgeht, daß das durch die Reparationskommission zu vermittelnde französische Ziel eine Loslösung der Rheinlande und die Ruhrkontrolle erstrebte. Nitti steht als Persönlichkeit des Auslandes mit seinen Behauptungen nicht allein. Auch Lloyd George hat auf Grund seiner Erfahrungen als ehemaliger englischer Ministerpräsident mehrfach öffentlich darauf hingewiesen, daß Frankreichs Ziel die Annexion der Rheinlande und die Kontrolle der Ruhr ist. Sollten wir diese Neuerungen von Männern, die am grünen Tisch die französischen Absichten durch die Reparationspolitik kennen gelernt haben und deren Behauptungen keine Regierung bisher dementierte, etwa bezweifeln, nachdem Poincaré und Lhuissier in Brüssel eine Erklärung abgegeben haben, die selbst noch einem Teil der französischen Presse jede Klarheit vermissen läßt?

Die Brüsseler Erklärung besagt, daß das Ruhrgebiet nicht auf einfache Besprechungen Deutschlands hin geräumt werden soll. Noch niemals hat Deutschland das verlangt. Nach wie vor ist es bereit, Sicherungen zu geben, und schon früher war für Frankreich Gelegenheit, Sicherungen zu nehmen. Für die letzte Pariser Konferenz war z. B. ein Programm ausgearbeitet, das effektive Sicherungen — also das, was Poincaré wünschte — enthielt. Vor allem stellte dieses Programm den Kohlen- und Koksbezug Frankreichs und Belgiens sicher, leistete gleichzeitig aber auch Bürgschaft für die Reparationslieferungen im allgemeinen, soweit sie sich im Rahmen der Leistungsfähigkeit Deutschlands bewegten. U. a. wurde auch erneut der Vorschlag gemacht, die Lieferungsverpflichtungen mit den Kautelen des privaten Geschäftsverkehrs und der Sicherung eines prinzipiellen Strafverfahrens zu ergänzen. Damals hat Poincaré noch nicht einmal Kenntnis von dem deutschen Programm genommen, das zum mindesten eine Verhandlungsgrundlage hätte bilden können, und heute kommt der gleiche Poincaré, um Sicherungen zu fordern! Dieses Gebahren muß umso mehr Mißtrauen erwecken, als selbst, wenn sich Deutschland jetzt erneut zu Sicherheitsleistungen bereit erklären würde, Frankreich und Belgien das Ruhrgebiet nur „allmählich“ entsprechend dem Verhältnis der Erfüllung der Reparationsverpflichtungen räumen wollen. Der Zustand des Unrechts soll als zum mindesten vorläufig fortgesetzt werden, d. h. u. a., man will Deutschland in keinem Willen zur vertrauensmäßigen Erfüllung bemüht neue Schwierigkeiten machen. Wie soll das Reich überhaupt Reparationsverpflichtungen leisten, während man die an Wirtschaftsträgern reichsten Gebiete weiterhin unter militärische Gewalt stellt und dadurch von vornherein die Möglichkeit nimmt, daß das internationale Kapital die zur Abdeckung der Reparationsverpflichtungen nötigen Kredite Deutschland gewährt?

Hat in dem genannten Zustande besteht Klarheit darüber, daß die Besetzung der Ruhr widerrechtlich erfolgt ist. Wenn Frankreich und Belgien heute trotzdem selbst bei Sicherheitsleistungen Deutschlands für die Erfüllung ihrer Reparationen diese Besetzung fortsetzen will, dann muß daraus gefolgert werden, daß mit dieser Taktik bestimmte Absichten verfolgt werden, die u. a. konsequent dem Ziel der bisherigen französischen Reparationspolitik entsprechen. Man will weiterhin die Möglichkeit erhalten, Deutschlands schlechten Willen „zu beweisen“, um dann unter spießbüchigen Vorwänden den gegenwärtigen Zustand auf Jahre hinaus zu verewlichen.

Gruppplikt aller Uniformträger.

U. Essen, 14. März.

Seit gestern steht an den Straßenecken eine neue Verordnung des General Degoutte, wonach sämtlichen Uniformträgern die Gruppplikt der französischen Offiziere auferlegt wird. Es fallen unter dieses Gebot auch die Straßenbahner, Postbeamten und die Eisenbahnbeamten.

Gewehrfener auf einen Eisenbahnzug.

Geisenthirgen, 14. März.

Der fahrplankmäßige Güterzug Wannep-Bohtrasp wurde heute früh kurz vor der Rothsternbrücke bei Bohtrasp durch Signale von dem dort stehenden französischen Wachtposten zum Halten aufgefordert. Trotz starken Bremsens gelang es dem Lokomotivführer nicht, den in voller Fahrt befindlichen Zug noch vor der Brücke zum Stehen zu bringen. Die Spitze des Zuges rutschte noch einige Meter über die Brücke. Sofort eröffneten die Franzosen ein Schnellfeuer auf die Maschine und verwundeten den Fahrer durch zwei Brustschüsse lebensgefährlich. Nach Durchscheidung der Lokomotive und des Packwagens konnte der Zug die Fahrt fortsetzen. Der Schmerndeckende Fahrer wurde in einem Sanitätswagen zum Krankenhaus in ...

Reichstag.

819. Sitzung.
Mittwoch, den 14. März.

Der Reichstag beendete am Mittwoch die zweite Beratung des Gesetzes über die Berücksichtigung der Geldbewertung in den Steuerangelegenheiten. Unser Genosse Sartorius sprach über die Steuerzahlung. Er brachte u. a. zahlreiches Material für die festschließende Zurückhaltung in der Steuerzahlung durch die Besitzenden. Es brachten ein:

In der Zeit vom 1. April bis 31. Sept. 1922; im Januar 1923:

	in Milliarden Mark:	
Einkommensteuer	146,3	94,5
Körperschaftsteuer	8,8	0,817
Umsatzsteuer	60,—	43,—
Rohlensteuer	44,—	67,—
Zollsteuer	17,7	10,6
Weinsteuer	2,8	1,8
Zwangsanleihe	8,8	4,7
Süßwarensteuer	0,80	0,726
Aus dem Stückstoff-Monopol	0,675	0,98

Mithin haben diese neuen Steuern in drei Vierteln des Jahres 1922 rund 275 Milliarden eingebracht, im Januar 1923 aber 220 Milliarden, d. h. zu 80 Prozent sind die Steuern in dem Monat mit dem tiefsten Stande beglichen worden. Die Besitzenden halten eben mit der Steuerzahlung zurück, bis sie mit fast entwerteten Papieren zahlen können. Für dieses Unrecht ist rückwirkend auf das Jahr 1922 kein Ausgleich geschaffen worden. Dagegen ist in Zukunft durch die Einführung von Vergzugszinsen eine gewisse Besserung eingetreten. Aber dem Antrag der Sozialdemokraten, diese Vergzugszinsen statt auf 15 Prozent auf 20 Prozent festzusetzen, gaben die bürgerlichen Parteien ebenfalls nicht statt. Alle sozialdemokratischen Anträge, die auf eine möglichst völlige Beseitigung des Steuerunrechts hinauslaufen, wurden abgelehnt. — Unser Genosse Simon sprach ferner gegen die Wiedereröffnung des Bankrottsverfahrens und Aufhebung des Depotszwangs. — Den demagogischen deutschnationalen Antrag, der die Lohnsteuer beseitigen und an ihre Stelle die Steuer von den Arbeitgebern entrichten lassen will, bekämpfte Genosse Reine. Er wies darauf hin, daß dieser deutschnationale Antrag nur auf eine Verteilung der Lasten hinauslaufe. Selbstverständlich werde nicht der Arbeitgeber die Steuer zahlen, sondern sie soll über einen Aufsichtsrat auf die Arbeiter und Angestellten abwälzen. Der deutschnationale Antrag, so erklärte Reine, wolle das Steuerrecht nur beschönigen. Wir dagegen wollten es wirklich beseitigen. Deshalb verlangen wir von der Reichsregierung einen Gehörtsbericht über das deutsche Steuersystem auf eine neue Grundlage. Der Lage des deutschen Geldwesens entsprechend und nach dem Vorbild der Lohnsteuer die Erhebung vereinfachende Grundlast stellen soll, damit das rechtliche Auskommen der Steuern gesichert und das Reich seinen Kursverluste bei der Steuerzahlung gedeckt werde. — Die Abstimmung über die Entschließungen wird in dritter Sitzung erfolgen. — Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr. Dritte Lesung des Gesetzes über die Aufhebung der Steuererleichterungen.

Die gestundeten Kohlensteuern.

In Steuerentscheidungen des Reichstages teilte am Mittwoch bei der Einzelberatung des Kohlensteuergesetzes ein Regierungsmitglied mit, daß von der am 30. September a. J. fälligen Kohlensteuer über 4 Milliarden, von der am 31. Oktober fälligen über 6 Milliarden und von der am 31. Dezember fälligen über 16 Milliarden gestundet seien. Die im September und Oktober geschuldeten Beträge seien inzwischen rückerlos bezahlt worden, von dem Dezemberbetrag seien noch 5 Milliarden rückständig. September dieser Stellungnahme teilte der Herr Genosse Sartorius dem Reichstagspräsidenten mit, daß er im September und Oktober die noch rückständigen Kohlensteuer auf 2 Milliarden Mark entrichtet habe. Staatsminister Jupp erklärte die Angabe der Ministerialbeamten für unzutreffend, da er die Kohlensteuer auf 15. des jeweiligen Monats fällig sein soll, wurde abgelehnt. Es bleibt also dabei, daß die Steuer am letzten Tage des folgenden Monats zu zahlen ist. Geschieden wurde u. a. die Resolution, daß sich die Steuerfreiheit nur auf einen der Kohlensteuer entsprechenden Betrag an Hausbrandholz erstrecken soll. Ein Antrag anderer Genossen wurde eine Entschließung über die Höhe der Kohlensteuer auf die nächste Sitzung vertagt.

Der Koch in der Volkspartei.

Der Kochmeister Geisler-Steinmann stimmt Kommerzienrat Dr. Goebel, der in der letzten Sitzung in der Volkspartei einen Antrag einbrachte, die Volkspartei zur Volkspartei zu machen, welche im Reichstagspräsidenten einen hervorragenden Vertreter gefunden hat. Er hat sich für die Volkspartei ausgesprochen, die Erhaltung der deutschen Volkspartei ist ein Ziel, das in der Vergangenheit nicht erreicht werden konnte. Er hat sich für die Volkspartei ausgesprochen, die Erhaltung der deutschen Volkspartei ist ein Ziel, das in der Vergangenheit nicht erreicht werden konnte. Er hat sich für die Volkspartei ausgesprochen, die Erhaltung der deutschen Volkspartei ist ein Ziel, das in der Vergangenheit nicht erreicht werden konnte. Er hat sich für die Volkspartei ausgesprochen, die Erhaltung der deutschen Volkspartei ist ein Ziel, das in der Vergangenheit nicht erreicht werden konnte. Er hat sich für die Volkspartei ausgesprochen, die Erhaltung der deutschen Volkspartei ist ein Ziel, das in der Vergangenheit nicht erreicht werden konnte.

Die Stimmung der Deputierten.

Der Reichstag ist in der letzten Sitzung im allgemeinen ruhig. Die Deputierten sind in der Regel zufrieden mit den Verhandlungen. Es gibt jedoch eine gewisse Unruhe über die Dauer der Sitzung und die Komplexität der Angelegenheiten. Die Deputierten sind sich aber einig, daß die Regierung die notwendigen Maßnahmen ergreifen sollte, um die Krise zu überwinden.

Die Beschlüsse von Brüssel.

Paris, 14. März.

Jules Sauerwein hatte in Brüssel mit einer hervorragenden Persönlichkeit eine Unterredung, in der er nach dem Sinn des Brüsseler Communiqués fragte, das nach der Konferenz veröffentlicht wurde. Sauerwein fragte, warum eine Erklärung über den Zweck der neuen Besetzung veröffentlicht wurde, während doch seit Beginn der Besetzung deren Zweck in klarer Weise proklamiert worden sei. Es wurde ihm geantwortet: Es müßte, um einer gefährlichen Kampagne von Verkümdungen ein Ende zu machen, daran erinnert werden, daß das Ruhrgebiet und das rechte Rheinufer besetzt wurden, um zu Zahlungen zu gelangen. Jede Regelung der Reparationsfrage ist so lange unmöglich, wie nicht ein enges Band zwischen der Ausdehnung der Besetzung und der Ausdehnung der Zahlungen hergestellt wird. Deutschland weiß nunmehr, woran es ist und ebenso die reichen Völker, ohne die Zahlungen unmöglich sind.

Sauerwein fragte weiter, was verstehen Sie darunter, daß die Rüäumung nach Maßgabe der Zahlungen erfolgen sollen? Soll ein so kleines Gebiet wie das Ruhrgebiet schiffelweise geräumt werden? Ihm wurde geantwortet: Zweifelslos, man darf nicht den Umfang, sondern die Bedeutung des zu räumenden Gebietes betrachten. Eine Stadt von 500 000 Einwohnern ist so viel wert wie eine Provinz. Uebrigens kann eine Milderung gewisser Zwangsmaßnahmen dieselbe Wirkung haben wie ein Rückzug der Truppen.

Sauerwein fragte: Was verstehen Sie unter Reparationsverpflichtungen Deutschlands? Handelt es sich um die Londoner Zahlungsbestimmungen, die 132 Milliarden Goldmark festsetzen? Antwort: Es ist klar, daß

ein neuer Reparationsplan ausgearbeitet werden muß. Frankreich und Belgien müssen zunächst übereinstimmen und sich sodann mit England und Italien verständigen. Unsere Alliierten müssen an der Regelung teilnehmen, die nur nach einer moralischen Kapitulation Deutschlands zustande kommen kann. Dies müsse durch diskutierbare Vorschläge sich ausdrücken. Man arbeitet in Brüssel und Paris. Was uns

ausgeht, ist die Ausarbeitung des neuen Reparationsplans. Frankreich und Belgien müssen zunächst übereinstimmen und sich sodann mit England und Italien verständigen. Unsere Alliierten müssen an der Regelung teilnehmen, die nur nach einer moralischen Kapitulation Deutschlands zustande kommen kann. Dies müsse durch diskutierbare Vorschläge sich ausdrücken. Man arbeitet in Brüssel und Paris. Was uns

Wie uns vom Deutschen Landarbeiterverband hierzu mitgeteilt wird, haben nach dem Scheitern der Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium und den Landarbeiterorganisationen die Landesfinanzminister tatsächlich einen Akt von Einschüchterung der National- und Sachbezüge der Landarbeiter zur Regel gemacht, die dem Landarbeiter-Verband als unerträglich erscheint. Die falsche Bewertung muß in der Praxis zum Abbau der Deputierten führen, und da ist für den Landbund der tiefere Grund zum Protest. Der Deutsche Landarbeiter-Verband hat von seinen Organisationsleiterkreisen schon seit längerer Zeit Erhebungen über die Arbeitslosigkeit der Landesfinanzminister eingeleitet. Erst wenn das Material vollständig vorliegt, will er versuchen, für das ganze Reich eine Regelung der fristigen Punkte in der Steuerfrage der Landarbeiter herbeizuführen.

Die bayrische Ordnung.

München, 13. März.

Der gestrige Montag ist wieder einmal ein nationalsozialistischer Ruhetag. Bis in die Mittagsstunden zeigte München keine Veränderungen. Dagegen ist es am Sonntagabend in Jugsakadi, wohin die Nationalsozialisten 700 Sturmtruppler per Bahn und Luftraum geschickt hatten, zu einem Zusammenstoß vor dem Gewerkschaftshaus gekommen. Einige Fenstergehäusen des Gewerkschaftshauses wurden zertrümmert, Schüsse wurden geschossen, wobei zwei sozialdemokratische Arbeiter verwundet wurden. Schließlich griff die Polizei ein und stellte die Ordnung wieder her, ohne jedoch auf den Versuch zu machen, die Anführer der nationalsozialistischen Banden zu überführen. Erst am Sonntag früh kehrten die Stoßtruppen von Jugsakadi nach München zurück; sie marschierten wie gewöhnlich, dem Baumweilengelee Hojn stehend, in geschlossenem Zuge durch die Stadt zum Marktplatz, wo sie von einem Schützenmann angehalten wurden. Als die Aufforderung zur Auflösung des Zuges nicht befolgt wurde, nahm der Schützenmann den Führer des Zuges fest und wurde deshalb von den anderen Zugteilnehmern umringt und bedrängt; andere Polizeibeamte unterdrückten den bedrängten Schützenmann. Erst als einer der Schützenleute den Revolver zog, zerstreuten sich die Nationalsozialisten.

Auch nach Hofstaufen, Landshut und einigen anderen Orten haben sich einige nationalsozialistische Hundertkämpfer. Die Eisenbahnbewachung ließ Extrawagen anhängen, um der Überfüllung der Züge vorzubeugen. Diese Partien haben den Nationalsozialisten wieder Millionen gekostet. Die Sozialdemokratische Partei ist zwar nicht in der Lage, ihre Leute inszenieren lassen zu lassen, kann sich aber dennoch auf die Zuverlässigkeit ihrer Sicherheitsabteilung, die ständig das Heft unersetzlich, da die Sicherheitsabteilung nur aus Genossen besteht, die in jahrzehnter Partei- und Gewerkschaftsarbeit bewährt sind und im Gegensatz zu den Nationalsozialisten den Dienst für die Partei völlig unentgeltlich leisten. Zahlreiche Genossen gehen noch durchwachteter Nacht direkt auf ihre Arbeitsstätten. Die monatliche Überlegenheit der Nationalsozialisten macht ihre Sache erschwerend.

Was in Bayern möglich ist!

München, 14. März.

Ein Major a. D., R. Mayer, dem die Aufhebung der Reichsregierung der Fuchs, Berger zu danken ist, stellt in einer satirischen Karikatur in den „Bayrischen Kurier“ seit der bayrische Kaiser des Innern und der Münchener Polizeipräsident drei Stunden vor Beginn der von dem Reichsminister Generalstaatsminister Richter abgehaltenen Verhandlung am 20. Februar über die Sachlage eingehend berichtet. Es sei das bestimmte Urteil hoffentlich, daß der Polizeipräsident Reich den Richter unbedingt hätte in persönliche Gewalt bekommen können. Die Bezeichnung des Richters als „Inferno“ ist durchaus zutreffend. Richter hatte eine unheimliche Charaktere, er war seit längerer Zeit in Bayern zu Hause und ist a. a. im Laufe des ehemaligen Kronprinzen Rupperts am 4. Debr. 1821 von Braun a. Cammer

betrifft, so sind wir bereit, aber es wäre ein schwerer Fehler, wenn man die Haltung der Alliierten gegenüber Deutschland vortäglich bekanntgeben wollte. Man kann nur sagen, daß, wenn man den zerstörten Gebieten die Prioritäten gibt, man eine vernünftige Lösung in Aussicht nehmen könnte.

Sauerwein: „Kann die Ruhr nicht als Garantie der Sicherheit angesehen werden?“ Antwort: „Sicherlich nicht. Unser Zweck ist gestern öffentlich präzisiert worden. Er besteht darin, daß

Die Ruhr ein Druckmittel für Zahlungen

und im Falle eines hartnäckigen Widerstandes ein Zahlungsmittel sein solle. Die Sicherheit muß gemäß dem Friedensvertrag in der Besetzung des linken Rheinufers und der Brückenköpfe gesichert werden. Ich hoffe auch, daß sie eines Tages durch einen formellen Vertrag mit England garantiert wird. Wenn man diese Garantie nicht glaubt, so muß man Deutschland zerstören. Aber dann verzichtet man auf alle Zahlungen und begegnet dem aktiven Widerstande der ganzen Welt.“

Sauerwein: „Werden Sie bald wieder zusammenkommen können?“ Antwort: „Demnächst in Paris. Der Grundsatz unserer gemeinsamen Politik wurde aufgestellt, nunmehr soll er praktisch verwirklicht werden. In dem allgemeinen Rahmen, der aufgestellt wurde, besteht ein volles Einverständnis über alle technischen Maßnahmen, die die Fortsetzung der eingeleiteten Aktion erfordern.“

Neue Konferenz in Paris.

London, 14. März.

Aus Brüssel wird der „Daily Mail“ gemeldet: In vierzehn Tagen wird sich der belgische Ministerpräsident Theunis nach Paris begeben, wo eine neue Konferenz stattfinden wird. Auf dieser werden die Ergebnisse der Kohlen- und Koksbeschlagnahme erörtert werden, sowie endgültige Pläne zur Lösung des Reparationsproblems. Belgien wird mehrere Tausend Mann „freiwiliger Arbeiter“ in das Ruhrgebiet senden, um den Franzosen bei der Kohlenverladung Hilfe zu leisten. Bisher wurde eine Entsendung wegen Abwendung neuer belgischer Truppen nicht getroffen. Doch ist die belgische Regierung dazu bereit, falls der General Degoutie es fordern sollte.

Klett zu einer längeren politischen Aussprache in dessen Münchener Wohnung empfangen worden. Zeugen hierfür könnten nachhaft gemacht werden.

Bayrische Gefängnisse.

Süßlos und verlassen verregelt.

Die „Kate Kanne“ veröffentlicht einen Brief, den der in der bayrischen Stellung Niedererschönenfeld verstorbenen Landtagsabgeordnete Hagemeyer wenige Stunden vor seinem Tode an seine Frau gerichtet hat. Der Brief — wenn er, was wir nicht bezweifeln, echt ist — beweist, daß man den todkranken Mann zweifellos nicht ohne zu wissen, was man tat, hat zugrundegehen lassen. Es heißt da u. a.:

„Ich bin direkt wie ein zu Einzelhaft Verurteilter abgeschlossen. Der Arzt scheint sich von diesem Mittel seiner Praxis noch die größte Wirkung zu versprechen. Deute er doch an, daß wir uns durch das fortwährende Besammensein meistens nur einreden, daß wir krank seien. Sonst lasse ich mich Einzelungen machen und schiebe die Wärmlatze von einer Stelle zur anderen, immer dem flüchtigen Uebel folgend. Doch der Zustand will nicht besser werden. Ich verbringe weiter die Tage und Nächte schlaflos und schmerzvoll, mal im Bett, mal im Stuhl hockend. Ich bitte Dich, Sorge Dich, damit ich recht bald in geeignete Krankenhausbehandlung und Erfolg versprechende Behandlung komme.“

Weiter hat er seine Befahrung folgendermaßen geschildert: „Am Nachmittag wurde ich dann in die erwähnte Krawattenkammer geführt. Dies ist ein wieder zur Gefängniszelle gemachter Käfig mit den auch hierfür unzulässigen Raummaßen des jetzt leeren ersten Stockes der Anstalt. Als ich eintrat, war der Raum eiskalt. Bett an der Wand, Tisch an der Wand, Wäschebügel in der Ecke, sonst gähnende Leere.“

Man begreift, weswegen die bayrischen Monarchisten im Landtag mit allen Mitteln die Bildung eines parlamentarischen

Die Parteibeiträge.

Dem einstimmig gefaßten Beschluß der Parteileitung und des Parteiaussschusses, den wöchentlichen Beitrag für die Partei in Höhe eines Viertels der Löhne zu setzen, kommen die Bezirksleitungen nur sehr zögernd nach. Soweit aus Veröffentlichungen ersichtlich ist, werden im Monat März an Beiträgen erhoben: Bezirk Niederbayern 150 M. für männliche, 25 M. für weibliche Mitglieder, Bezirk Hamburg 150 M., Hellens-Hafen 150 M. für männliche, 50 M. für weibliche Mitglieder, Südl. Westfalen 120 bezw. 50 M., Oberrhein 150 bezw. 40 M., Breslau 100 bezw. 40 M. und 500 M. Extrabeitrag von wirtschaftlich besser gestellten Mitgliedern, deren monatliches Einkommen 300 000 M. übersteigt. Je 100 M. von den männlichen und 20 bis 40 M. von den weiblichen Mitgliedern erheben die Bezirke Pommern, Oldenburg, Hannover, Hesse, Magdeburg, Bremen, Dresden, Halle, Berlin. Die Mitglieder des Bezirks Groß-Hüringen zahlen 80 bezw. 40 M., München 80 bezw. 20 M., Frankfurt 75 bezw. 12,50 M. Im Bezirk Baden werden von den männlichen Mitgliedern nur 60 M. die Höhe erhoben; das ist der niedrigste Beitrag von allen 32 Parteibezirken der Soz. Partei Deutschlands. Diese Angelegenheit soll zeigen, daß der Beschluß der Parteileitung und des Parteiaussschusses bisher nur wenig Durchführung erfahren hat.

Die Lohnbewegung in der Berliner Metallindustrie.

SPD. Das ganze Ergebnis der am Montag und Dienstag vorgenommenen Urabstimmung der Berliner Metallarbeiter über den Schiedspruch vom 8. März ist erst für Donnerstag zu erwarten. Nach den bisherigen Meldungen aus den einzelnen Betrieben haben sich von rund 160 000 Abstimmungsberechtigten ca. 90 000 an der Abstimmung beteiligt. Davon stimmten ca. 55 000 für den Streik und 35 000 für die Annahme des Schiedspruchs. Die für die Streikklärung notwendige Dreiviertelmehrheit ist also nicht erreicht worden. Der Metallarbeiterverband hat, da die Unternehmer den Schiedspruch ablehnten, inzwischen beim Reichsarbeitsministerium die Allgemeineverbindlichkeit beantragt. Ueber die Stellung des Reichsarbeitsministers zu diesem Antrag ist bisher noch nichts bekannt geworden. In den Kreisen der führenden Metallarbeiter hofft man aber, eine für die Arbeiter günstige Entscheidung herbeizuführen zu können.

Der Streit um die neuen Steuergesetze.

Weshalb die Sozialdemokratie die Reichstagsbeschlüsse unterstützen mußte.

In der Freitagssitzung des Reichstags hatte die Sozialdemokratie bei der Beratung des Geldentwerfungsgesetzes durch Verlassen des Sitzungssaales die Abstimmung über die Bewertungsvorschriften verhindert. Veranlassung dazu gab die Ablehnung ihrer Anträge zum Tarif und zu den Bewertungsvorschriften. Aber das allein hätte die Sozialdemokratie noch nicht veranlaßt, zu einem so starken Mittel zu greifen, wenn nicht durch die Bewertungsvorschriften auch die Gefahr heraufbeschworen worden wäre, daß noch eine besondere Begünstigung der Dienstbesitzer erfolgt, die die Reichsfinanzen schwer schädigen und die Steuerreform völlig untergraben würde. Darauf aber wollte die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Öffentlichkeit mit allem Nachdruck aufmerksam machen.

Am Dienstag fand nun auf Veranlassung des Finanzministers Hermes eine Rundtischrunde mit Mitgliedern der Sozialdemokratischen Fraktion statt. Dabei wurde anerkannt, daß die Bedenken der Sozialdemokratie gegen die Bewertungsvorschriften, soweit sie eine unzulässige steuerliche Begünstigung der Dienstbesitzer enthalten, berechtigt seien. Eine grundlegende Veränderung der Bewertungsvorschriften aber sei in diesem Stadium der Beratung infolge des Widerstandes der bürgerlichen Parteien nicht möglich. Es sei jedoch notwendig, die durch die Steuerliteratur der Interessenten beantragte mißbräuchliche Benutzung des Gesetzes durch Klarstellung der Bestimmungen zu beseitigen. Für die Veranlagung zur Vermögenssteuer und zur Zwangsrente solle deshalb in den Bewertungsrichtlinien ausdrücklich festgestellt werden, daß Forderungen und Schulden in ausländischer Währung zunächst gegeneinander aufgerechnet werden müssen. Daraus würde nur für den verbleibenden Saldo die Bewertung nach den allgemeinen Richtlinien erfolgen. Für die Einkommensteuer soll eine entsprechende Vorschrift als Absatz 3 des § 33 a ausdrücklich in das Gesetz aufgenommen werden. Der Minister wies ferner darauf hin, daß durch einen Zertifikatsantrag zwei weitere Fortschritte gegenüber den Ausschlußbeschlüssen erzielt worden seien: 1. dadurch, daß Wertpapiere, die nach dem 31. August 1922 erworben worden sind, bei Schuldentilgung bis zum Betrage der Schulden mit dem Anschaffungspreis anzusehen sind, statt mit dem viel niedrigeren Steuerkurs; 2. sollen Grundstücke, die im Jahre 1922 erworben worden sind, mindestens mit dem Anschaffungspreis eingestuft werden.

Durch diese vier Verbesserungen, die infolge des Vorgehens der Sozialdemokratischen Fraktion erreicht wurden, sind unsere Bedenken gegen das Gesetz nicht beseitigt. In der Gesamtabstimmung wird deshalb die Sozialdemokratie trotz dieser Verbesserungen dem Gesetz ihre Zustimmung verweigern. Die weitere Beratung des Gesetzes aber wird sie nicht verhindern: 1. weil der von ihr beschriebene Zweck, die gesamte Öffentlichkeit auf das große Steuerrecht aufmerksam zu machen, voll erreicht ist; und 2. weil bei der mangelhaften Befolgung des Gesetzes durch die bürgerlichen Abgeordneten ohne die Anwesenheit der Sozialdemokraten ein beschlußfähiges Haus nicht zustandekommt, sodaß bei Nichtteilnahme der Sozialdemokratie an der Abstimmung das Gesetz nicht verabschiedet werden könnte.

So schließt aber auch das Gesetz bezüglich der Bewertungsrichtlinien und der Tarife ist. So notwendig ist keine Verabschiedung, weil sonst eine Veranlagung weder zur Einkommensteuer noch zur Zwangsrente und Vermögenssteuer erfolgen könnte. Darüber würden aber nur die Sachwertbesitzer Freude empfinden.

Der Steuerauschuß des Reichstags beschäftigte sich am Dienstag mit der Regelung der Kohlensteuer. Die Demokraten, Volkspartei und Deutschnationalen verließen eine Beseitigung der Kohlensteuer, zum mindesten ihre Ermäßigung zu erreichen. Die sozialdemokratischen Vertreter machten demgegenüber geltend, daß eine Ermäßigung der Kohlensteuer nicht mit Sicherheit eine Senkung des Kohlenpreises erwarten lasse, sondern vielmehr die Wahrscheinlichkeit besteht, daß die Gewinne der Bewerksbesitzer sich um diese Differenz vergrößern dürften. Staatssekretär Jastrow vom Reichsfinanzministerium machte darauf aufmerksam, daß die Kohlensteuer das Rückgrat des Staatshaushaltes bilde. Der Vorschlag für 1923 weiße eine Einnahme von 6,2 Billionen auf, denen Ausgaben in Höhe von 9,9 Billionen Markt gegenüberstünden. Da von den 6,2 Billionen Markt Einnahmen 3,9 Billionen aus der Kohlensteuer stammten, bedauerte eine Beseitigung oder auch nur eine Ermäßigung der Kohlensteuer den Zusammenbruch des Haushalts. Diese Ausführungen wurden vom Reichsfinanzminister erwidert. Er führte aus: Es herrsche Einheit über das Ziel des Preisabbaues. Über die Preisgestaltung sei nicht ausschließlich durch Senkung der Steuer zu erzielen, sondern es gebe in der Produktion noch andere Faktoren, die zu einem Preisabbau beitragen könnten. Die Gewähr, durch Senkung der Kohlensteuer eine Preisverbilligung herbeizuführen, sei nicht gegeben. Die

letzte Februarabende, die nur acht Tage umfasse, weiße 729 Milliarden Markt Ausgaben auf, denen nur 70 Milliarden Markt Einnahmen gegenüberstünden. Eine Beseitigung oder auch nur Ermäßigung der Steuer wäre für das Kabinett unannehmbar. — Eine Abstimmung erfolgte nicht.

Rußlands auswärtige Politik.

Moskau, 11. März.

Der Leitartikel des 'Iswestija' verweist auf die Schwankungen Frankreichs in der russischen Frage und stellt fest, daß Frankreich sich durch das Ruhrabenteuer von England und Amerika isoliert und die Beziehungen zu Deutschland verschärft habe. Jetzt verjuche es durch das Gespenst des französisch-russischen Vertrages beide Seiten zu beeinflussen. Ein solcher Vertrag bestehe nicht, wie auch ein deutsch-russischer Vertrag nicht vorhanden sei. Die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland würde für beide von Nutzen sein. Es sei notwendig, diese Beziehungen zu klären, indem man die diplomatischen Schliche beiseite lasse.

'Browda' behandelt die wirtschaftliche Konjunktur der Baltikstaaten, die in Helsinki ohne Rußlands Teilnahme stattgefunden hat, und kommt zu dem Schluß: Der ganze Sinn der Konferenz besteht in der Ausarbeitung künftiger Handelsverträge mit Rußland. Einzelne Teilnehmer der Konferenz haben schon damit begonnen. Der Abschluß dieser Verträge ist durch die wirtschaftliche Lage der Randstaaten bedingt. Dieser Versuch ist durch die Forderungen der Entente hervorgerufen und setzt sich zum Ziel, das Staatsmonopol des russischen Außenhandels aufzuheben. Dieser Versuch ist fruchtlos und schadet den Interessen aller Randstaaten.

Trotski als „Sozialpazifist“?

In einem Interview, das der Moskauer Berichterstatter des 'Manchester Guardian' mit Trotski hatte, stellte er an die Reihe von Fragen. Unter anderem folgende: 'Wenn die Franzosen im Jahre 1919 in das Ruhrgebiet einmarschieren wären, so müßte, glaube ich, die Krise in Moskau als eine ausschließlich revolutionäre angesehen werden sein. Warum ist das heute nicht der Fall?' Darauf antwortete Trotski:

'Sie fragen mich, warum wir den Einmarsch der Franzosen in das Ruhrgebiet nicht als Ansporn zur Revolution begrüßen. Sicherlich sind wir an einem Siege der Arbeiterklasse interessiert; aber es liegt keineswegs in unserem Interesse, daß die Revolution in einem erschöpften und verbluteten Europa einsetzt und daß das Proletariat von der Bourgeoisie nur Ruinen übernimmt, wie wir sie vom Zarismus und der russischen Bourgeoisie übernommen haben. Die europäischen Arbeitermassen ziehen die Lehren aus dem imperialistischen Krieg nur allmählich. Das kommt in dem allmählichen Wachsen der kommunistischen Internationale zum Ausdruck. (?) Ohne daß wir uns herausnehmen, bestimmte Ereignisse vorauszusagen, haben wir nichtsdestoweniger keinen Zweifel, daß dieser Prozeß zum Siege der Arbeiterklasse in ganz Europa und auf der ganzen Welt führen wird. Sollte es jedoch der Bourgeoisie gelingen, Europa in einen zweiten verheerenden Krieg zu ziehen, so würde das erstens bedeuten, daß hauptsächlich die Generationen der Arbeiterklasse vernichtet würden und zweitens würde wirtschaftlich Europa zum Bettler herabstinken. Die Folge wäre ein schwerer Verfall der europäischen Kultur für lange Zeit sein, und in-

Devisen-Kurse.

Berlin, 15. März.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	14. März.	15. März.
Amsterdam	1 fl. 8224,88	8224,88
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs. 1082,28	1079,79
Kristiania	1 Kr. 3770,55	3709,69
Kopenhagen	1 Kr. 3975,08	3960,07
Stockholm	1 Kr. 5531,13	5533,65
Helsingfors	1 Finn. Mk. 578,90	581,04
Rom	1 Lire 990,51	990,01
London	1 £ 9775, —	9775, —
Newyork	1 Dollar 20792,88	20787,90
Paris	1 Frs. 1289,34	1257,84
Zürich	1 Frs. 3875,28	3875,28
Madrid	1 Pesetas 3204,46	3216,98
Wien	100 Kr. 28,81	28,82
Prag	1 Kr. 618,45	617,45
Budapest	1 Kr. 6,58	6,93

folgebessern nicht die Annäherung, sondern im Gegenteil das Hinausschieben revolutionärer Ausichten. Das ist der Grund, warum wir vom revolutionären Standpunkt aus ein lebendes Interesse an der Erhaltung des Friedens haben.

Wenn der Berichterstatter des englischen Blattes die Neuierungen Trotskis richtig wiedergegeben hat, so würden diese eine völlige Preisgabe des bisherigen kommunistischen Standpunktes in den Fragen der äußeren Politik bedeuten und die sogenannte 'sozialpazifistische' Politik rechtfertigen, die die Sozialdemokratie, entgegen allen kommunistischen Treibereien, unter Aufsichtung aller Kraft vertreten hat.

Vermischte Nachrichten.

Millionenbetrug in einem Warenhaus. Bei der Firma Karstadt in Greifswald hatten in der letzten Zeit die Warenbetrübler einen derartigen Umfang angenommen, daß die Firma die Kriminalpolizei mit der Aufdeckung der Diebstahle bezw. Unterschlagungen betrauen mußte. Das Resultat war überraschend. Bereits in der letzten Woche wurden für weit über zwölf Millionen geklauter Waren wieder herbeigeholt. Bei einer Angestellten allein fand man über elf Millionen geklauter Waren. In die Beute teilten sich sieben weibliche Angestellte, denen es sogar gelungen war, ganze Stoffballen aus dem Geschäft zu schleppen.

Der Frauemann im Erzgebirge. Vor dem Schwurgericht Zwickau begann ein Mordprozeß über eine rätselhafte Tragödie, die sich im März vorigen Jahres im Walde bei Carlsfeld abgespielt hat. Dort fand man nach der Schneeschmelze den Leichnam einer jungen Frau, die später als die Direktorin Margarete Müller aus Köln rekonstruiert wurde. Alle Umstände ließen sofort darauf schließen, daß die Aufgebundene nicht eines natürlichen Todes gestorben sei und auf Veranlassung der zuständigen Gerichte wurde dann der frühere Hularenleutnant Lorenz Köhn verhaftet unter dem Verdacht, die Müller, mit der er im Wiefenhaus bei Carlsfeld zusammen gewohnt hatte, ermordet zu haben. Köhn entstammt einer bekannten Berliner Familie. Gelegentlich eines Regimentsfestes in Hamburg lernte Müller im Februar 1921 die 27-jährige Direktorin Grete Müller kennen, die ihm zufällig ihr Verhältnis mit einem Cünepburger Buchdruckerbetriebsleiter löste und zu Köhn in engere Beziehungen trat. Seitdem lebten die beiden zusammen. Mit Hilfe seines väterlichen Erbteils machte Köhn zusammen mit seiner Geliebten größere Reisen und führte ein so luxuriöses Leben, daß er im Herbst 1921 in finanzielle Schwierigkeiten geriet. Als das Geld raslos verbraucht war, sprang die Müller für ihren Geliebten ein und schaffte durch den Verkauf einiger Schmuckstücke neue Geldmittel. Im Februar 1922 reisten die beiden von Dresden aus, wo sie in ersten Hotels gewohnt hatten, nach dem Gasthof 'Neues Wiefenhaus' bei Carlsfeld im Erzgebirge, wo sie als Dr. jur. Köhn und Frau aus Berlin abstiegen. Hier spielte die Tragödie ein. Eines Tages machte das Paar einen seiner gewohnten Spaziergänge, bei dem Köhn einen Spaten mitnahm. Er kehrte nach einigen Stunden allein in das Wiefenhaus zurück, erzählte, daß er sich mit seiner Frau veruneinigt habe, und reiste dann zwei Tage später ab. Er fuhr dann nach Dresden und später nach Berlin, wo er die Schmuckstücke und wertvollen Pelze seiner Geliebten zu Geld machte. Der Angeklagte leugnet jede Schuld. Er behauptet, daß im Walde zwischen ihm und seiner Geliebten eine endgültige Trennung stattgefunden habe und daß das Mädchen Hand an sich selbst gelegt haben müsse. Die Müller hatte zwei Schuhwunden im Kopf, auf der Leiche lag der Revolver Köhns. Zu den Zufälligkeiten kam es, weil Köhns Freundin nicht die Treue hielt und sie keine Untreue gemerkt hatte. 'Ich weiß, es war wirklich nicht anständig von mir, sie zu betrügen', so erklärte der Angeklagte würdevoll. Später nach vorübergehender Trennung verlobten sich die beiden, aber, so betonte Köhn, seine Liebe zu ihr war infolge der Eifersuchtsjahren erloschen. Sie trennten sich von neuem und die Müller fuhr nach Hamburg, um ein neues Leben anzufangen. Von dort aber schrieb sie noch einmal, bevor sie eine Heirat einging und damit ihr bisheriges, etwas leichtfertiges Leben abschloß, wolle sie noch einmal mit ihm zusammen sein und eine Reise unternehmen. Sie schlug ihm vor, daß sie ihren Schmutz verkaufen wolle, um die nötigen Geldmittel zur Reise flüssig zu machen, da sie diese Juwelen, die sie alle von Bekannten und Freunden erhalten hatte, in ihrem neuen Leben doch nicht mehr tragen könne. So kam es denn zu einer zweiten Reise nach Wiefenhaus im März 1922. Die Müller schilderte er als eine zwar lebenslustige, aber immerhin sehr ruhig und sicher aufreizende 25-jährige Dame. Ihre bisherigen Verhältnisse hätten sie ziemlich fast gelassen; in ihn allerdings habe sie sofort auf den ersten Blick verliebt und auch er habe anfangs sehr glücklich mit ihr zusammen gelebt.

Das Amulett.

Romelle von C. F. Meyer.

10. Fortsetzung.

Sechstes Kapitel.

Am nächsten Morgen wurde ich durch eine rasche Berührung aus dem Schlafe geweckt. Boccard stand vor meinem Lager.

'Auf!' rief er, 'es eilt, wenn wir nicht zu spät kommen sollen! Ich verlag gestern dir zu sagen, von wem der Graf sich sekundieren läßt — von Lignerolles. Ein Schimpf mehr, wenn du willst! Aber es hat den Vorteil, daß im Falle du — er leugnete — keinen Gegner ernstlich vorwunden solltest, dieser ehrenwerte Sekundant gemäß reinem Mund halten wird, da er tadelnde gute Gründe hat, die öffentliche Aufmerksamkeit in keiner Weise auf sich zu ziehen.'

Während ich mich ankleidete, bemerkte ich wohl, daß dem Freund eine Bitte auf dem Herzen lag, die er mit Mühe niederkämpfte.

Ich hatte mein noch in Fern verfertiges, nach Schweizer Sitte auf beiden Seiten mit dornigen Laichen versehenes Reitwams angezogen und drückte meinen breitkrempigen Hut in die Stirne, als mich Boccard auf einmal in großer Gemütsbewegung heftig umschloß und, nachdem er mich geküßt, seinen Vordentopf an meine Brust lehnte. Die überschäumende Teilnahme er schien mit un männlich und ich drückte das duftende Haupt mit beiden Händen beschwichtigend weg. Mich dünkte, daß sich Boccard in diesem Augenblicke etwas an meinem Wams zu schaffen machte; aber ich gab nicht weiter darauf acht, da die Zeit drängte.

Wir gingen schweigend durch die morgenfüllen Gassen, während es leise zu regnen anfing, durchritten das Tor, das eben geöffnet worden war, und fanden in kleiner Entfernung vor demselben einen mit verfallenden Mauern umgebenen Garten.

Diese verlassenste Stätte war zu der Begegnung ausersehen. Wir traten ein und erblickten Gemäße mit Lignerolles, die unter Hasend zwischen den Buchenheiden des Hauptpanges auf und nieder schritten. Der Graf grüßte mich mit spöttischer Höflichkeit. Boccard und Lignerolles traten zusammen, um Kampfrufe und Waffen zu regeln.

'Der Morgen ist kühl,' sagte der Graf, 'ist es Euch bequem, so stehen wir im Wams.'

'Der Herr ist nicht gepanzert?' warf Lignerolles hin, indem er eine tastende Bewegung nach meiner Brust machte.

Gemüts bedeutete ihm mit einem Blide, es zu lassen. Zwei lange Stöcklingen wurden uns gegeben. Der Kampf begann und ich merkte bald, daß ich einem der Bedenklichsten

überlegenen und dabei völlig kaltsblütigen Gegner gegenüberstehe. Nachdem er meine Kraft mit einigen spielenden Stößen wie auf dem Fechtboden geprüft hatte, wick seine nachlässige Haltung. Es wurde idyllischer Ernst. Er zeigte Quart und stieß Sekunde in beschleunigtem Tempo. Meine Parade kam genau noch rechtzeitig; wiederholte er dieselben Stöße um eine Kleinigkeit rascher, so war ich verloren. Ich sah ihn befriedigt lächeln und machte mich auf mein Ende gefaßt.

Blitzschnell kam der Stoß, aber die geschmeidige Stahlklinge bog sich hoch auf, als träge sie einen harten Gegenstand, ich parierte, führte den Nachstoß und rannete dem Grafen, der, seiner Sache sicher, weit ausgefallen war, meinen Degen durch die Brust. Er verlor die Farbe, wurde alschlah, ließ die Waffe sinken und brach zusammen.

Lignerolles bewegte sich über den Sterbenden, während Boccard mich von hinten zog.

Wir folgten dem Umkreise der Stadtmauer in flüchtiger Eile bis zum zweimächtigen Tor, wo Boccard mit mir in eine kleine ihm bekannte Schenke trat. Wir durchritten den Flur und ließen uns hinter dem Hause unter einer dicht übermächtigen Laube nieder. Noch war in der feuchten Morgenluft alles wie ausgeföhrt. Der Freund rief nach Wein, der uns nach einer Weile von einem verbluteten Schenkmädchen gebracht wurde. Er schlürzte in beherzten Zügen, während ich den Becher unberührt vor mir stehen ließ. Ich hatte die Arme über der Brust gekreuzt und senkte das Haupt. Der Loh lag mir auf der Seele. Boccard forderte mich zum Trinken auf, und nachdem ich ihm zu Gefallen den Becher geleert hatte, begann er:

'Oh nun gewisse Leute ihre Meinung ändern werden über Untreue siehe Frau von Einfiebeln?'

'Ich mich zurufen!' verfechte ich unwirlich, 'was hat denn sie damit zu schaffen, daß ich einen Menschen getötet?'

'Mehr als du denkst!' erwiderte Boccard mit einem vorwurfsvollen Blide. 'Doch du hier neben mir sitzt, hast du nur ihr zu danken! Du bist ihr eine dicke Kerze schuldig!'

'Ich zuckte die Achseln.

'Angländer!' rief er und zog in meine linke Brusttasche langend, triumphierend das Medaillon daraus hervor, welches er um den Hals zu tragen pflegte, und das er heute morgen während meiner heftigen Umarmung mir heimlich in das Wams geschoben haben mußte.

'Jetzt sieh es mir wie eine Blinde von den Augen. Die silberne Münze hatte den Stoß aufgehalten, der mein Herz durchbohren sollte. Mein erstes Gefühl war zornige Scham, als ob ich ein unehrliches Spiel getrieben und entgegen den Geboten des Zweikampfes meine Brust geküßt hätte. Daraus

'Lüge ich doch lieber tot,' murmelte ich, 'als daß ich bösem Aberglauben meine Rettung verdanken muß!'

Aber allmählich löschten sich meine Gedanken. Caspards trat mir vor die Seele und mir ihr alle Güte des Lebens. Ich war dankbar für das neugesenkte Sonnenlicht, und als ich wieder in die freudigen Augen Boccards blickte, brachte ich es nicht über mich, mit ihm zu hadern, so gern ich es gewollt hätte. Sein Aberglaube war verwerflich, aber seine Freundestreue hatte mit das Leben gerettet.

Ich nahm von ihm mit Herzlichkeit Abschied und eilte ihm voraus durch das Tor und quer durch die Stadt nach dem Hause des Admirals, der mich zu dieser Stunde erwartete.

Hier brachte ich den Vormittag am Schreibtische zu, diesmal mit der Durchsicht von Rechnungen beauftragt, die sich auf die Ausrüstung der nach Flandern gemorbenen hugenottischen Freischär bezogen. Als der Admiral in einem freien Augenblicke zu mir trat, wagte ich die Bitte, er möchte mich nach Flandern schicken, um an dem Einsatz teilzunehmen und ihm rasche und zuverlässige Nachrichten vom dem Verlaufe desselben zu senden.

'Kein, Schabbau,' antwortete er kopfschüttelnd, 'ich darf Euch nicht Gefahr laufen lassen, als Freibauer behandelt zu werden und am Galgen zu sterben. Etwas andres ist es, wenn Ihr nach erklärten Feindseligkeiten an meiner Seite fallen solltet. Ich bin es Euerem Vater schuldig, Euch keiner andern Gefahr auszuweihen als einem ehrlichen Soldatentode!'

Es mochte ungefähr Mittag sein, als sich das Wohnzimmer in auffallender Weise füllte und ein immer erregter werdendes Gespräch hörbar wurde.

Der Admiral rief seinen Schwiegertsohn, Tessan, herein, der ihm berichtete, Graf Guido sei diesen Morgen im Zweikampfe gefallen, sein Sekundant, der verruchte Lignerolles, habe die Leiche vor dem Tore St. Michel durch die grafliche Dienerschaft abholen lassen und ihr, bevor er flüchtete, nichts andres zu sagen gemußt, als daß ihr Herr durch die Hand eines ihm unbefannten Hugenotten gefallen sei.

Collin zog die Brauen zusammen und brauete auf: 'Habe ich nicht streng unterragt — habe ich nicht gebohrt, gefieft, beschnitten, daß keiner unter Leute in dieser verhängnisvollen Zeit einen Zwist beginne oder aufnehme, der zu blutigem Entschieden führen könnte! Ist der Zweikampf auf sich schon eine Tafel, die kein Christ ohne zwingende Gründe auf sich Gewissen laden soll, so wird er in diesen Tagen, wo ein ins Pulverfaß springender Funke uns alle verderben kann, zum Verböthen an unsern Glaubensgenossen und am Vaterlande.'

Fortsetzung folgt.

Leder - Ausschneid - Geschäft
Konkurrenz. bill. Verkauf v. Schuhm. u. Selbstbei.
Beste Sendung Kernen nach zu alten Preisen.
Ia. braune Ripse. Ia. Zohlfeder.
Ia. Chevreau. Ia. Vorpfalt.

Kernlederhaus
26 Beckergrube 26. (14181)

Meine Schlager!!

Ia. frische Margarine p. Pfd.	2650
Pa. amerik. Schmalz "	3750
Palmin "	3200
Kunstpfeisefett "	3100

Einbecker Margarine-Zentrale

Bohlenstr. 6. Markthalle I. Waren-
dorpstr. 9. Sismarckstr. 27. Hül-
strahe 13. Abnighr. 18. Hegelstr.
137. Grövelgrube. Hakenstr. 22.
Friedrichstr. I. Georgstr. 24. Meiel.
Allee 80. Geberdestr. 30. Markt-
halle II. Marcksgrube 18. Stiegenstr. 14.
Schwarten - Schulstr. (14185)

Ia. Briefelle, Saubelera, ...
Sonne- und Tuchwarenhandel, ...
JOHS. MÜSSEN, Sohn und Sohnsohn.
Warendorffstraße 11-22, Schwarz. Allee 12.
Telefon 2744.

Das bekannteste Einmischhaus
für Arbeiter und jeden Beruf!

Bedeutend billigere Preise
durch günstigen Einkauf und
Preisabbau. Große Lagerhaltung
zum Osteinbau.

Schuhwaren (reelle)
Eisenschuh 4,00, Leinwandstuhl
12,00, ...

Herrengarderoben
Hemden, ...

Damenkonfektion
Kleider, ...

Textilwaren
Kammett, ...

Ohlers & Rehwisch
Güterstr. I. St. Pauli 2 u. 1.
I. Pfl. der ...

Für die Konfirmation

Kleid reinw. Cheviot Schlupfform mit farbiger Wollstickerei	39500	Unterröcke Batist mit breit. Stickerei 6900, 5500	Anzug 1- u. 2-reihig blau mit guten Futter- stoffen	59500
Kleid reinwollen. Popeline Schlupfform m. Knopi- garmit od. Tressenbesatz	68500	Untertaillen gut. Stoff mit Stickerei . 2500 1950	Anzug blau, rein- wollener Cheviot, Ia. Verarbeitung . . .	98000
Mantel aus guten mittellarbig. Wollstoffen und farbiger Paspelung	39500	Tändelschürzen mit u. ohne Träger 2300, 1950	Einsatzhemd makof. Qualität mit f. Ripseinsatz . . .	9800
Stiefel Robbever. mit Lackkappe Größe 36-42	33500	Schalkragen Batist in versch. Ausführ. 1150, 950	Stiefel Rindbox gute Verarbeitung Größe 36-40	33500
Hüte für Konfirmandinnen flotte Macharten	Serie I 7500.- Serie II 10 500.- Serie III 12 500.-	Handschuhe schwarz für Damen u. Herren 1950	Konfirm.-Hüte in dunklen Farben Serie I 3950.- Serie II 4500.- Serie III 4950.-	
		Taschentücher Lanv. od. gest. Ecke . 495, 295		
		Taschentücher wß. u. farbig. Kante . . 895, 495		
		Krawatten schwarz f. Steh- u. Umlegekr. . 295		
		Socken maschinengest. in halbt. Qual. . 1100, 825		
		Kragen, Vorhemde, Manschetten		

Vergleichen Sie meine Preise und Sie werden immer
finden, daß ich billig bin.

Hans Struve, Lübeck

Rendsburg Neumünster Hitzhoe. 14183

77
**Hüx-
straße**
77
**Hüx-
straße**
77

Der Kampf
des deutschen Volkes und insbesondere der
des deutschen Arbeiters

ist drückend schwer. Wer Verständnis für
die Schwere dieses Kampfes hat, sucht ihn
auf das Mindestmaß zu beschränken. Wir
unsererseits wollen das Verstehen dieses
Kampfes durch die folgenden Zahlen aus-
drücken.

Prüfen Sie bitte diese Zahlen.

Hemdentuch Ia. Qual. 50 cm br. A.	1900
180 cm	4800
Linon für Bettwäsche 120 cm	5200
140 cm	5600
Streifsaft Ia. Qual.	5600
140 cm	6300
Züchen für Bettwäsche 89 cm	2900
180 cm	4900
Panama weiß f. Sport u. Blusen	2400
Körperbarchend ungebleicht, 1 Qual.	2300
Piké für Nachjacken	2900
Arbeiterhemden, hell und dunkel	9000
Herrn- und Macco-Hemden Ia. Qu.	8400
-Hosen	8400
Einsatz-Hemden	8400
Damen-Barchend-Hosen	2100
Kinder-Barchend-Hosen	1000
Damen-Schlupfrockkleider	4500
-Stickerei-Hemden	5500
-Hosen	5000
-Untertaillen	1200
D-Taschentücher, best. & Stick.	400
Wollgarn, schw. u. grau, a. Qual.	2100
Länge 100 gr.	1400
Kleider-Barch. in schönen Dess.	1400
-Schotten	2900
doppeltbreit	1800
Mousseline in schön. Dessins von	2200
Sportkanari	2900
Blau-druck f. Schürzen, doppelt.	700
Ein Paaren Kinderstrümpfe Paar	700
Wollene Kinderstrümpfe	700
Fülllinge	700
Rips-Sportkragen in allen Nummern	500

1500 1700 1900 2100
Fülllinge 700
Rips-Sportkragen in allen Nummern 500

77 **I. Wilschermann & Co.**

Gewaltiger Preisabbau!

Billig lassen Sie lange u. Scheinstiefel,
keine Arbeitschuhe, Gr. 40-45.

Kinder-, Pariser-, Damen- u. Herren-
schuhe, nur gute und rasche Ware.

Schlechte u. zerlegte, lederne Hüfte
und Joppen.

Leichte Hüfte und f. Kinder, Herren

Otto Schröder,
Steinstraße 17. 14154

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut
die Arbeitskleidung
bei (14183)

Otto Albers
Markt 4 Kottb. 10

Wir sind billig!

Solange der Vorrat reicht
empfehlen wir:

- Nessel Meter von 1900 ar
- Hemdentuch " "
- Meter von 2100 an
- Hemdenbarchent " "
- Meter von 2900 an
- Handtuchstoff " "
- Meter von 1500 an
- Bettbezugstoff, bunt " "
- Meter von 3300 an
- Linon, Bettbreite " "
- Meter von 6900 an
- Schürzenstoff " "
- 14159 Meter von 2900 an

1 Potten Reste sehr billig!

**Bettdamast :: Streif-
satin :: Betttafeln**

Beachten Sie bitte unj. Schaufenster!

Walter Griefhan & Co.
Lübeck, Hüxstr. 74.

Schuh-Buchholz
Schwarzauer Allee 4 Gr. Burgstr. 36
ist billig! 14155

- Damen-Schuhschuhe, Lederschuhe v. 18 500 an
- Stiefel, Lederschuhe " 29 500 an
- Herren-Stiefel, Lederausführung " 27 500 an
- Burischen: 86/89 " 24 000 an
- Kinderstiefel in allen Größen sehr billig!
- Berner aus Gelfeinhettlaufen je 1 Potten Hr.
beinstiefel 29 500, Schafstiefel 36 500.

**Lübekisches Sinfonie- und
Stadttheater Orchester.**

Morgen Freitag, den 16. März, 7½ Uhr:
Letzter Fetras-Abend
im Gewerkschaftshaus.
Der erste Teil steht unter dem Szepher von
Kapellmeister Hermann Schmidt.
Solist: Konzertmeister Kundrath.
Eintritt einschl. Programm und Steuer nur
200.- Mk. (14170)

Freitag
und
Sonn-
abend:
Prima (14165)

jung. Kobfleisch
ff. geräucherte
Mettwurst,
Gefochte und
Knackwurst
zu billigen Preisen.
Fr. Kollmann,
Reiferstraße 8.

Zur Mühle
Beckergrube 61.
feinst. Weizenmehl 7 580
Hafersflocken " 700
Gefochte Hafersgrübe " 780
Gerstgrübe " 750
Grauwei " 750
Buchweizengrübe " 1100
Buchweizenmehl " 850
Reismehl " 800
Futter-Reis " 580
Reis " 750, 900
Maffaroni " 1600
14164)

Jamaika-Rum-Berghaus
Flasche 7400.-

Weinbrand-Berghaus
Flasche 7600.-

Rümmel
Flasche 6800.-

Doppel-Rümmel
Flasche 7800.-

Bommerlunder
Flasche 9000.-

Jakobiner-Siför
1-Str.-Fl. 16500.-
1/2-Str.-Fl. 9400.-
1/4-Str.-Fl. 6900.-

Vanille-Siför
1 Fl. 13500 1/2 Fl. 7250.-

Danziger Solwasser
1/2-Str.-Fl. 9500.-

Eduard Speck,
Hühnerstr. 80 u. 82. (14166)

NG Notgemeinschaft
für Bestattungen
B. L. e. v. e. V. Lübeck.

Bei Aufnahmen im
Monat März ist die
Karenszeit zum Beuge
der Unterstützung drei
Monate. (14168)

Vom 1. April ab ist
die Karenszeit 6 Monate.
Mitgliedsbücher der
inneren Stadt können
Dandestr. 49/51 abgeholt
werden.

Bezirks-Versammlungen

Bezirk Hüntertor
Freitag, den 16. März
abends 7½ Uhr
Friedrichschule, Aula.

Bezirk Mühlentor
Montag, den 19. März
abends 7½ Uhr
Weiher Engel.

Ausgabe der Mitglieds-
bücher gegen Quittung
und Beitragszahlung.
Der Vorstand.

Hansa-Theater.

Heute Donnerstag sowie
Freitag 7½ Uhr die bei-
den letzten Aufführungen
von
**Die Prinzessin
von Navarra.**

Operette in 3 Akten von
Edmund Kellner. (14145)

Sonnabend 7½ Uhr:
Neu einstudiert
**Das
Schwarzwal-
mädel.**

Operette in 3 Akten
von Leon Jessel.

Stadttheater Lübeck
Donnerst. 7.30, Ab. B:
Einmaliges Gastspiel
von Julius v. Scheidt
von der Charlotten-
burger Oper in: **Des
Waldhühner.**

Freitag 7.30, Ab. D:
Medea. (14166)

Sonnabend 7.30, 11. Ab.
Wort: **Die fünf
Frankfurter.**

Sonntag, 10 U.: Medea.
3 Uhr: **Martha.**
7.30: **Der Prophet.**

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 15. März.

Preisabbau und Dollarkurs.

Die Handelskammer schreibt uns: Immer wieder werden vom lauernden Publikum und z. T. auch von der Presse Klagen erhoben, daß der eingetretene Preisabbau nur in unzureichender Weise der erfolgten Marktbesserung gefolgt sei. Bekanntlich hat die Handelskammer wiederholt in der Öffentlichkeit der Erwartung Ausdruck gegeben, daß auch die Lübeckische Kaufmannschaft zu dem unbedingt erforderlichen Preisabbau, nötigenfalls unter wirtschaftlichen Opfern, im wertmässigen Maße beiträgt. Unverkennbar ist eine bedeutende Herabsetzung der Preise, namentlich derjenigen Waren, die unmittelbar aus dem Auslande bezogen werden, eingetreten. Soweit der Preisabbau gegenüber dem beträchtlichen Sinken der deutschen Dollarkursnotierungen nicht ausreichend erscheint, ist darauf hinzuweisen, daß bedauerlicherweise gerade seit dem Einsetzen der Bestrebungen auf Hebung der deutschen Mark und Verbilligung der Warenpreise Maßnahmen, die z. T. vielleicht unter den derzeitigen Verhältnissen unvermeidbar sind, einer noch stärkeren Herabsetzung entgegenwirken, so beispielsweise die Erhöhung der Eisenbahnfrachten und der Kohlenpreise Mitte Februar je um 100 Proz., der Post-, Telegraphen-, Fernspreckgebühren und der Personenfahrtpreise am 1. März je um 100 Proz., der Ausgaben für Gehälter und Löhne der Angestellten und Arbeiter, die sich der eingetreteneren Teuerung noch nicht völlig angepaßt hatten, um etwa 100 bis 150 Proz. u. a. Die Erhöhung der Ausgaben für Kohlen, das wichtigste Betriebsmittel für alle Produktionszweige, sowie für Frachten, Löhne und Gehälter auf meist das Doppelte spielen bei der Preisbildung der Waren naturgemäß eine ganz bedeutende Rolle. Unter diesen Umständen ist sogar in einer ganzen Reihe von Artikeln trotz eingetretener Wertbesserung der Mark noch eine Preiserhöhung der Fabrikpreise, auf die der Handel keinen Einfluss hat, vollzogen worden.

Es ist bezeichnend, daß die Handelskammer Löhne und Gehälter wiederholt als preisverwertendes Moment anführt und geben den obigen Gründen die Preisereicherungen staatlicher Porzellanmanufakturen ins Feld führt. Als ob gerade diese Luxusindustrie auf die Sorgen der Zeit hervorzuheben den Einfluss hätte. Die allgemeinen handelskammerlichen Redensarten lauten um den Kapitalgößen herum und machen weder heiß noch kalt. Deshalb finden sie auch lobenswerte Unterstützung eines sich in Wirtschaftskreisen nicht tüchtigen Lübeder Blattes. Die mit der Handelskammer liierten Herren wollen doch gut rechnende Kaufleute sein, und müssen als solche wissen, daß auch Staat und Gemeinden die Unkosten auf irgend eine Art weitzumachen haben. Die Handels- und Industriewelt hat auch zu Zeiten billigerer Frachten keine preisverbilligende Wirkungen hervorgezaubert, sondern nur Nutzen für sich selbst gezogen. Zudem ist das Gehalt über die Spesenverteilung eigenartig, denn es sind ja die eigenen Gewinnfreunde der Handelskammerleute, die in der Regierung die Frachten und Portserhöhungen vornehmen. Würde die handelskammerbeflügelte Korona etwas pflichtgemäßes dem Staat die Steuern opfern, dann stünde es auch besser um diesen. Die Teuerung haben die Besitzenden durch alle möglichen Manöver verschuldet, die Preisauflage waren zumeist willkürlich und horrend. Nun will keiner recht anbeissen und vom Uebergewinn etwas nachlassen. Dafür sucht man umsomehr die Schuld von sich abzulassen. Die Handelskammernotiz ist ein deutlicher Beweis hierfür.

Hartgeldkammerlei.

In der Hoff. Ztg. wird die Frage aufgeworfen, wo das alte Hartgeld geblieben ist. Leider wird die Frage nicht angefaßt, wieviel Gold und Silber noch in den Kassen aufbewahrt ist. In einigen Beispielen wird die Lösung des Rätsels versucht. Nach dem letzten Reichsbankausweis fallen noch bei der Bevölkerung des Deutschen Reiches im ganzen 7 389 859 765 verschiedene Münzen im Nennwert von 921 165 590,64 Mk., auf den Kopf der Bevölkerung also rund 123 Stück vorhanden sein. Die einzelnen Sorten verteilen sich wie folgt:

Münzart	Stück
3 Mk. in Aluminium	40 000 000
50 Pf. in Aluminium	902 820 995
1 Pf. in Aluminium	50 724 822
1 Pf. in Nickel	644 991 945
5 Pf. in Nickel	708 214 090
10 Pf. in Eisen	244 688 920
5 Pf. in Eisen	1 508 864 815
10 Pf. in Zinn	1 241 713 865
2 Pf. in Kupfer	459 808 855
1 Pf. in Kupfer	1 590 432 462

Wo stehen diese Münzberge? Es sind wirklich Berge, denn ihre Gewichtsmenge beträgt 19 847 065 Kilogramm, das sind 1290 Waggons zu 15 Tonnen oder 48 Güterzüge von 60 Wägen; nämlich rund 776 Tonnen Kupfer aus den Kupfer-, Nickel- und Aluminiummünzen, rund 4058 Tonnen Zinn aus den Kupfer- und Zinnmünzen, 188 Tonnen Zinn aus den Kupfermünzen, 1592 Tonnen Aluminium, 1093 Tonnen Nickel und 4646 Tonnen helles Flusseisen. Solche Metallmengen können doch nicht einfach verschwinden?

In den Münzamtungen und -Handlungen begegnet man nur vereinzelt den Aluminiummünzen, der Verfallungsstapel wird zwischen 150 und 200 Mk. gehandelt, sein Metallwert ist aber nur gleich 18,64 Mk., der kleine Silbergrau Aluminiumpfennig, den der Weltfriede zeitigte, hat zwar den hohen Papierwert von 7,45 Mark, aber zu finden ist er trotzdem nicht. Die Nickelmünzen sind allerdings auch nicht in nennenswertem Umfang — in die Industrie geflossen, ihr Wert wird meist sehr überschätzt, der Großteil ist heute 34,40 Mk., der Kupfer im Verhältnis mehr, 23 Mk. wert. Ganz anders das Kupfer. Kürzlich wollte ein Warenhaus in Berlin für einen Kupferpfennig je eine Schachtel Streichhölzer abgeben; wie schlecht es dabei gefahren wäre, sieht man, wenn man erfährt, daß ein Kupferpfennig 15,63 Mk. in Papier meist ist, während eine Schachtel Zündholz je 90 Mark kostet. Die Scheidemünzen waren eben, als sie noch im wirklichen Verkehr waren, ganz erheblich unterwertig, das heißt nur auch an den Eisenmünzen, für deren zwei man tags nach dem Kriege auf der Straßenbahn fahren konnte. Er ist heute 2,44 Mk. wert, sein Kollege aus Zinn zwar mehr, 9,03, aber beide zusammen noch keine 250 Mk., wie die Straßenbahn heute fordert. Am härtesten sind die kleinen Münzen gestiegen; der Kupferpfennig ist heute 1563mal mehr wert als sein Nennwert.

Eine eigenartige Verwendung finden in steigendem Maße die alten Eisenmünzen. Sie sind ganz besonders sorgfältig sortiert und gleichmäßig; deshalb nimmt die Maschinenindustrie sie gern als Nichtunterlagen, da sie so billig, je hundert von jeder Sorte für zusammen nur 415 Mk., heute nirgends mehr in der Güte bekommt. Verkauft werden sie ihnen genüsslich, wie die vorher aufgeführte Tabelle zeigt. Jünglingen werden jetzt auch langsam von kleinen Metallhändlern aus dem Publikum genommen,

mit großen Insetaten traut sich aber noch keiner hervor, weil sie alle unterm Wert kaufen wollen und keiner seinen Preis richtig nennen will.

Damit jeder sich selbst ausrechnen kann, was sein kleiner Geldsack wert ist, stehen in der folgenden Tabelle die Metallwerte aller Scheidemünzen vom 1. März. Diese sind errechnet aus den Tabellen, die Auskunft geben über die Legierungen, die Grobhandelsmetallpreise und die Gewichtsanteile der einzelnen Münzen.

Am 1. März kostete:		
1 Stück 200 Mk. in Aluminium	9,32	Papiermark
1 Stück 3 Mk. in Aluminium	18,64	"
1 Stück 50 Pf. in Aluminium	15,53	"
1 Stück 1 Pf. in Aluminium	7,45	"
1 Stück 10 Pf. in Nickel	34,40	"
1 Stück 5 Pf. in Nickel	23,00	"
1 Stück 10 Pf. in Eisen	2,44	"
1 Stück 5 Pf. in Eisen	1,71	"
1 Stück 10 Pf. in Zinn	9,03	"
1 Stück 2 Pf. in Kupfer	26,08	"
1 Stück 1 Pf. in Kupfer	15,638	"

Mit den jetzt in der Prägung befindlichen 300 Millionen neuen 200-Mark-Scheinen hat die Reichsbank ungefährt die Wertmenge der Scheidemünzen wieder ersetzt, die einst im Umlauf waren, denn der Papiermarkwert des alten Kleingeldes betrug zusammen etwas über 105 Milliarden Papiermark, und 60 Milliarden sollen einweilen wieder neu ausgeprägt werden. Aber den Umlauf dieses Geldes erzwingt die Reichsbank nicht durch die Prägung und Ausgabe allein, denn fünf Stück dieser neuen Münzen kann jeder bequem ferkhalten, ohne sie ausgeben zu müssen. Den Umlauf erzwingt die Reichsbank nur durch sofortige Stilllegung des Notendruckes der kleinen Scheine bis zu 100 Mk. Sowie diese Kaszemplatzen verschwinden, dann muß das Metallgeld rollen. Beim Taler 1922 hatte man das versäumt, auch den Nennwert änglicherweise zu niedrig gefaßt. Diesmal will man nicht halbe Arbeit machen, es sollen auch noch andere Sorten folgen, so daß auch Wechselgeld in Münzen vorhanden ist. Da die Reichsbankdruckerwerkstätten entschlossen zu sein scheint, keine Scheine mehr unter 1000 Mk. herzustellen, so wird wohl bald wieder das Geld „kappen“. Ein bißchen dünn zwar, denn viel darf es ja nicht kosten; dafür hält es aber länger als die Scheine, ist hygienisch und bequem. Man braucht es nicht zu falten, man spart Zeit, und das ewige Verzählen fällt fort.

Die Fischereirechte in der Travemünder Bucht.

Im Oldenburger Landtag hat der sozialdemokratische Abg. Bartels folgende Anfrage der Staatsregierung unterbreitet: 1. Ist der Staatsregierung bekannt, daß die Freie und Hansestadt Lübeck die Grenze ihres Fischereibezirks 3 (Travemünder Bucht), der hinsichtlich seiner Umgrenzung und des von Lübeck darauf erhobenen Anspruchs auf Hoheits- und ausschließliches Fischereirechts ein schon lange umstrittenes Gebot darstellt, im Februar d. J. noch weiter ins offene Meer hinaus verlegt hat und daß damit auch hier alle nichtlichbesessenen Fischer, darunter auch diejenigen des altenburgischen Landes teils Lübeck, vor einem erfahrungsgemäß für den Fischfang sehr ergiebigen Wassergebiet ausgeschlossen sind? 2. Was gedenkt die Staatsregierung gegenüber diesem Vorgehen Lübeds zu tun, um alsbald den Fischern des Landes teils Lübeck die weitere Ausübung der Fischerei wie früher wieder zu ermöglichen? 3. Ist die Staatsregierung bereit, den Niendorfer Fischern zur Klärung der Rechtsverhältnisse in der Travemünder Bucht Beihilfen zu gewähren?

Die Vorgänge werden hier ziemlich kurz dargestellt. Wie uns bekannt ist, haben vor kurzem Verhandlungen zwischen dem Lübeder Polizeiamt, Vertretern der Regierung in Gütin, den Fischern von Travemünde, Schütur und Niendorf stattgefunden. Zu einem Ergebnis haben sie nicht geführt. Verfrügens sind die Rechte Lübeds durch die verschiedenen Gerichtsinstanzen als verbrieft anerkannt und zu seinen Gunsten entschieden worden.

Ein Seitendokument.

Ein Elberfelder Milchhändler, der sich an eine Molkereigenossenschaft in Rinteln an der Weser zwecks Milchlieferung gewandt hatte, erhielt folgenden Brief von der Genossenschaft:

„Auf Ihr dringendes Gesuchen um Milchlieferung muß ich Ihnen zu meinem lebhaften Bedauern mitteilen, daß wir nicht mehr in der Lage sind, Ihnen auch nur das kleinste Quantum zu senden? Warum? Die Verhältnisse in unserem Kreise, speziell im Westfalen, sind für die Molkereien einfach trostlos. Ganze Dörfer haben aufgehört, ihre Milch an Molkereien zu liefern. Dadurch erhöhen sich prozentual die Anfuhr- und Betriebskosten und eine zu niedrige Bezahlung der Milch ist die Folge. Unsere wenigen getreuen Mitglieder verlieren die Geduld, wenn sie von ihren Nachbarn verlacht werden. Diese Leute haben kein Herz für die große Not der nicht landwirtschaftlichen Bevölkerung.“

Sie haben teilweise rechtlich hoch für die Ruhrkrise gezahlt, damit ihr Name in der Zeitung zu lesen war, und wurden weiter. Jeder faule Dampf betreibt jetzt Butter- oder Eierhandel. Er setzt sich mit einem Großhändler im besetzten Gebiet in Verbindung und Sutter und Eier werden gemeinschaftlich frachtfrei aus dem Kreise abtransportiert. Wieviel die notleidende Ruhrbevölkerung hieron erhält, ist ungewiß.

Jedenfalls wird den Franzosen und Belgiern ein Teil geliefert. Wohl durch die Frauen der Schieber ist bekannt geworden, daß die Franzosen für ein Ei 1100 Mark und für ein Pfund Butter 12—15 000 Mark bezahlen. Gelegentlich einer Verammlung im Dezember in Kassel — wir gehören zum Regierungsbezirk Kassel — habe ich beantragt, bei dem Regierungspräsidenten vorstellig zu werden, damit der Butterhandel konfiskiert wird und die Händler sofort kontrolliert werden müßten. Unsummen werden durch diese Leute und die Bauern der Umhänger erzwungen. Die Finanzämter übersehen leider den Schindeln der Bauern. Die an die Molkerei liefernden Bauern werden deshalb auch noch von den Butterbauern verhöhnt. Wenn der Rest der Zwangslieferungsbestimmungen von der Regierung und deren nachgeordneten Organen befolgt und durchgeführt würde, so hätten die Molkereien Milch und könnten auch die Städte versorgen. Es geschieht jedoch nichts zum Schutze der Molkereien. Die alleinige Keimung vor dem Untergang des Ernährungsproblems ist sofortige Einführung der Zwangswirtschaft zunächst für Milch und Fleisch. Die Getreidebewirtschaftung muß dann folgen. Geschieht das nicht, so wird die zweite Revolution, die Hungerrévolution a la Russland, bestimmt kommen. Stillstehend werden die 20 Millionen Deutschen, die „zu viel“ kein sollten, nicht verhungern wollen. Entschuldigen Sie, Herr E., daß ich mich so weit verstreute. Es war aber nötig, damit Sie eine ausführliche Antwort auf Ihre Frage, warum Sie keine Milch erhalten, bekommen.“

Jedes weitere Wort würde die niederschmetternde Wirkung dieses Briefes abkämpfen. Der „Patriotismus“ und die „Opferbereitschaft“ vieler Erzeuger landwirtschaftlicher Produkte in des Rheintalgebietes eines Janusloches.

Post nach Spanien und Portugal.

Infolge der durch den Einbruch französisch-belgischer Truppen in deutsches Gebiet hervorgerufenen Störungen im Eisenbahnverkehr, sind von der Postverwaltung Maßnahmen getroffen, um für die Briefpostbeförderung nach Spanien und Portugal mehr als bisher den Seeweg über Hamburg und Bremen nutzbar zu machen. Die Sendungen nach Spanien müssen den in die Augen fallenden Vermerk „über Hamburg auf dem Seeweg“ bzw. bei den von Bremen abgehenden Schiffen „über Bremen auf dem Seeweg“, die für Portugal den Vermerk „über Hamburg auf dem Seeweg“ tragen. Die auf dem Seeweg abzuführenden Posten nach Spanien und Portugal werden von den betreffenden Schiffen in Palagos, La Coruna, Oporto und Lissabon gelandet. Die schnellfahrenden Schiffe legen die Reise nach La Coruna in 4 bis 5, nach Lissabon in 5 bis 6 Tagen zurück.

Briefsendungen nach Spanien und Portugal, die nicht mit dem angegebenen Leitvermerk versehen sind, werden nach wie vor über Frankreich befördert. Sie nehmen seit Unterbrechung des Eisenbahnverkehrs in der Rheinpfalz von Frankfurt aus den Weg über Bülh und Kehl nach Strahburg.

Schiedspruch in der Landwirtschaft.

Am Dienstag trat in Kiel unter Vorsitz des Justizrats Eusemühl die Landwirtschaftliche Spruchkammer zusammen zur Entscheidung über die eingereichte Lohnforderung des Landarbeiterverbandes. Vom Gauleiter wurde die Forderung eingehend begründet. Die Arbeitgeber blieben auf ihrem Standpunkt, den sie bei der letzten Lohnverhandlung eingenommen hatten, bestehen. Sie wollten den Freiarbeitern, Wochen- und Jahreslöhnen auch hier nur eine geringe Erhöhung gewähren. Alles weitere wurde mit der bekannten Begründung abgelehnt. Darauf trat die Spruchkammer zur Beratung zusammen. Nach mehrstündiger Verhandlung wurde folgender Schiedspruch verkündet: Die Deputierten erhalten keine Stundenlohnserhöhung. Dafür wird ihnen für das Tarifjahr 1922/23 eine Geldeinzahlung von 5000 Mark, sofort auszahlbar, bewilligt. Die ständige Freiarbeiter erhalten 550 Mk., Unständige die 625 Mk., Frauen 80 Mk., Wochenlöhner 52 Mk. pro Stunde; Melkfrauen 240 Mk. pro Tag. Die Löhne der Jahreslöhner werden um 40 Prozent erhöht; die Schmutzgelde um 100 Prozent.

Wird dem Schiedspruch beiderseits zugestimmt, treten die neuen Löhne am 15. März 1923 in Kraft.

Unterkunft für Ruhrflüchtlinge. Seit Wochen treffen auch in Lübed Personen aus dem Ruhrgebiet oder aus dem besetzten Gebiet ein. Deren Unterbringung, soweit sie in Lübed Arbeit finden, ist bei dem Mangel an Wohnungen und an einzelnen Zimmern schwer. In der Regel sind möblierte Räume notwendig. Wer solche irgend entbehren kann, möge dies dem Wohlfahrtsamt, Abteilung Flüchtlingsfürsorge, mitteilen (vergl. Anzeigenenteil). Es wird für die Vermietung die volle ortsübliche Miete gezahlt. Falls nicht genügend Räume freiwillig angeboten werden, wird zur Zwangsunterbringung geschritten.

Einbruch in die St.-Gertrud-Kirche. Nach Herausreißen eines Fensters mit Bleisicherung drangen nachts Diebe in die St.-Gertrud-Kirche in die Sakristei ein und stahlen nach Erbrechen verschiedener Schränke einen großen, zotigen Plüschteppich mit blauer Ornamentverzierung, eine weißleimene Wardele, 24 weißleimene Decken für Einzelstühle, 12 Servietten, eine Kette und zwei Lederdecken, sowie einen schwarzen Tuchstul mit Ueberwurf und Sammeteinfaßung. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Baggertransport nach Holland. Dieser Tage verließ im Schleppe eines holländischen Hochschleppers ein von der Lübeck-er Maschinenbau-Gesellschaft erbauter See-Schwimmbagger mit Timern von je 1000 Litern Inhalt, schwerster Bauart, die Werft, um nach Holland zu gehen. Der Bagger ist für eine Baggeriefe bis zu 21 Metern und einer Stundenleistung von ca. 600—800 Kubikmetern je nach Bodenart erbaut und gehört zu den größten bisher erbauten Baggern.

Feuer. In der Holzverarbeitungsfabrik Demuth in der Gröpelstraße entstand Mittwochsabend ein Schadenfeuer und vernichtete einen Holzschuppen. Die Feuerwehr konnte den Brand auf seinem Herd beherrschen.

Zentral-Theater. Während in der vergangenen Woche Schillers „Glode“ ungezählten Bewunderern genugsam Stunden verschaffte, ist im laufenden Programm der amerikanische Film „Die verbotene Frucht“ das Kabinettstück, das die entzückende Anziehungskraft ausüben wird. Wenn der Kabinettfilm „Dem Diener zum Herrscher“ noch in Erinnerung ist, wird die bezaubernden guten Darsteller aus Doliaria in der Wiehzahl wiederfinden. Ein Truismagat will einen Augenleiter in keinen Konzern pressen und benötigt dazu die Freundin seiner Frau, eine berühmte Schönheit. Diese lagt aber ab und als Ersatz muß wohl über übel des Hauses Räherin einspringen. Sie wird entsprechend ausgestattet und tritt dem Gaji als Nebenbedel-Prinzessin mit Erfolg gegenüber. Die Sache geht aber schief, weil der Mann der Räherin beim Truismagat keine Frau entbedte, alles verriet und entwischte. Die Darsteller sind wohl die besten amerikanischen Künstler. Die beiden Lustspiele „Karlheens Glück“ und „Joy und Trost“, hypnotische Kunst, bilden eine angenehme Ergänzung obigen Dramas.

pb. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Klein-Schenkerberg, der einem in Dummerdorf wohnhaften Arbeiter einen Mantelanzug und 3700 Mark in bar gestohlen hatte. Festgenommen wurde ein in der Wähmstraße wohnhafter Dreher, der einem jungen Mädchen zu dem Diebstahlsgegenstand 220 des R. St. G. B. Beihilfe leistete, der den Tod des jungen Mädchens zur Folge hatte. Festgenommen wurde ein in Dvondorf und ein in der Depensau hier wohnhafter Arbeiter, der von dem Gewerke eines in der Nähe Lübeds wohnhaften Landmannes und Mühllehnhalters mehrere Zentner Roggen gestohlen hatte. Ein Teil der Diebesbeute konnte wieder herbeigeschafft werden. Bei der Ermittlung der Diebe war ein hinzugezogener Polizeidienst mit Erfolg tätig.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Bürgerschaftsfraktion! Freitag abend 8 Uhr wichtige Sitzung im Rathaus. Pünktlich und vollständig erscheinen!

Achtung, Freuhänder der Gewerkschaftshandels-Gesellschaft! Freitag abend 7 1/2 Uhr: Generalversammlung.

Stadttheater. Herr v. Beerensamp ist schwer erkrankt, dadurch ist das Repertoire stark beeinträchtigt. Die Partie des Grafen in „Waldschütz“ singt am Donnerstag Herr Julius von Scheidt von der Charlottenburger Oper. Am Freitag: Zweiter Teil aus der Trilogie: „Das goldene Vieh“. „Medea“. In Sonnabendabonn. wird „Die fünf Frankfurter“ gegeben.

